

Der Volksstaat

Mittwoch, Freitag, Sonntag.
Bestellungen nehmen an alle Postämter u. Buchhandlungen des In- u. Auslandes. Filial-Expeditionen für die Vereinigten Staaten: F. A. Sorge, Box 101 Hoboken, N. J. Wm. Hueber, 408 Maystr. Chicago, Ill. Peter Hoff, 8. W. Corner Third and Coates str. Philadelphia.

Preis pro Quartal 1 1/2 Sgr., für die übrigen Deutschen Staaten 16 Sgr. pro Quartal.
Monats-Abonnements werden bei allen Deutschen Postämtern auf den 1ten u. 3ten Monat besonders angenommen, im Hgr. Sachse u. Westf. Sachse. Abonement auch auf den 1ten Monat 4 1/2 Sgr. angenommen.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 1 Sgr., — Privat- und Vergnügungs-Anzeigen mit 2 Sgr. die dreispaltige Petit-Zeile berechnet.

Nr. 120.

Freitag, 5. December.

1873.

Als Ersatz für das verzögerte Unternehmen bezüglich einer belletristischen Zeitschrift werden wir unsern Lesern von nächster Nummer an ein Heftchen bieten. Dasselbe wird mit einer Revue von A. Otto-Walster, betitelt:

„Allerhand Proletarier“

beginnen.

Die Redaktion.

Reichstagswahl.

Der „Reichsanzeiger“ publiziert einen kaiserlichen Erlaß, nach welchem die Reichstagswahlen am 10. Januar 1874 stattfinden sollen.

Für Regensburg ist Parteigenosse E. Ried (München), für Lechhausen Most (Bayern), für Eisenach Viebknecht aufgestellt worden.

Schmöln-Allenburg. Partei- und Gesinnungsgenossen! Es ist hohe Zeit, daß auch wir anfangen, uns zu organisieren zur bevorstehenden Reichstagswahl, damit, wenn der Ruf erschallt: „An die Wahlurne“, auch wir gerüstet dastehen. Darum ersuchen die Parteigenossen von Schmöln die Freunde unserer guten Sache in Mieschwitz, Luda, Eisenberg, Kahla, Roda, Delamünde u. ihre Adressen zukommen zu lassen, um uns in dieser Angelegenheit mit ihnen zu verständigen. Wir rufen Euch nochmals zu: „Vereinigt sind wir Alles, vereinzelt Nichts!“ Ferner können wir noch die erfreuliche Mittheilung machen, daß die von uns aufgestellten Kandidaten bei der diesjährigen Stadtverordnetenwahl mit großer Majorität gewählt worden sind.

Alle Briefe u. wolle man adressiren an Webermeister Julius Martin in Schmöln, Bergstraße.

Handelskrisen.

(Schluß.)

Dieser Ueberflüssigen gibt es nach den Berichten der Armengeheimnisse durchschnittlich anderthalb Millionen in England und Wales; in Schottland läßt sich die Zahl wegen Mangels an Armenverzeichnissen nicht bestimmen, und von Irland werden wir speciell zu sprechen haben. Diese anderthalb Millionen schließen übrigens nur diejenigen ein, die wirklich die Armenverwaltung um Hilfe ansprechen; die große Menge, die sich ohne dies letzte, so sehr gescheute Anstufungsmittel angewenden, fortliegt, ist darin nicht eingeschlossen; dafür fällt aber auch ein guter Theil der obigen Zahl auf die Ackerbauverhältnisse und kommt also hier nicht in Betracht. Während einer Krise vermehrt sich diese Zahl natürlich um ein Bedeutendes, und die Noth steigt auf den höchsten Grad. Nehmen wir z. B. die Krisis von 1842, die, weil die letzte, auch die heftigste war — denn die Intensität der Krisen wächst mit jeder Wiederholung, und die nächste, die wol 1847 spätestens eintreten wird, wird allem Anscheine nach noch heftiger und dauernder sein. Während dieser Krisis stieg die Armensteuer in allen Städten auf einen nie gekannten Höhepunkt. Unter andern mußten in Stockport von jedem Pfund das an Hausmiete bezahlt wurde, 8 Sch. Armensteuer bezahlt werden, so daß die Steuer allein vierzig pCt. vom Miethbetrage der ganzen Stadt ausmachte; dazu standen ganze Straßen leer, so daß wenigstens 20,000 Einwohner weniger als gewöhnlich da waren und man an die Thüren der leerstehenden Häuser geschrien fand: Stockport to let — Stockport zu vermieten. In Bolton, wo in gewöhnlichen Jahren der Armensteuer zahlende Miethertrag durchschnittlich 86,000 Pfd. St. betrug, sank er auf 36,000 Pfd. St.; dagegen stieg die Anzahl der zu unterstützenden Armen auf 14,000, also über 20 pCt. der ganzen Einwohnerzahl. In Leeds hatte die Armenverwaltung einen Reservefonds von 10,000 Pfd. St. — dieser, so wie eine Collecte von 7000 Pfd. St., wurde schon, ehe die Krisis ihren Höhepunkt erreichte, vollständig erschöpft. So war es überall. Ein Bericht, den ein Comite der Anti-Korngeßeligen im Januar 1843 über den Zustand der Industriegebiete im Jahre 1842 erstattete, und der auf ausführlichen Angaben der Fabrikanten beruhte, sagt aus, daß die Armensteuer durchschnittlich doppelt so hoch gewesen sei, als 1839, und die Zahl der Unterstützungsbedürftigen sich seit jener Zeit verdreifacht, ja verfünffacht habe; daß eine Menge Applicanten einer Classe angehörten, die bis jetzt nie um Unterstützung angehalten hätten u.; daß die arbeitende Classe über zwei Drittel weniger Lebensmittel zu verfügen habe, als 1834/36; daß die Consumption von Fleisch bedeutend geringer gewesen sei — an einigen Orten 20 pCt., an andern bis zu 60 pCt.; daß die sonst in den gedrücktesten Perioden noch volle Beschäftigung hatten, ebenfalls viel an Mangel, an Arbeit und Lohnverlängerung gelitten hätten — und daß selbst jetzt im Januar 1843, der Lohn noch fortwährend im Fallen sei. Und das sind Berichte von Fabrikanten! — Die brotlosen Arbeiter, deren Familien still standen, deren Brodherren ihnen keine Arbeit geben konnten, standen überall auf den Straßen, bettelten einzeln oder in Haufen, belagerten schaarweise die Chaussees und sprachen die Bittbrieger an — sie baten aber nicht kriechend, wie gewöhnliche Bettler, sondern trotzend durch ihre Zahl, ihre Geberden und Worte. So sah es in allen Industrie-gegenden aus, von Leicester bis Leeds und von Manchester bis

Birmingham. Hier und da brachen einzelne Unruhen aus, so im Juli in den Töpfereien von Nord-Staffordshire; die fürchterlichste Gährung herrschte unter den Arbeitern, bis sie endlich im August in der allgemeinen Insurrection der Fabrikdistricte zum Ausbruch kam. Als ich Ende November 1842 nach Manchester kam, standen noch überall eine Menge Arbeitsloser an den Straßenecken, und viele Fabriken standen noch still. In den nächsten Monaten bis Mitte 1843 verloren sich die unfreiwilligen Edeusfehler allmählig, und die Fabriken kamen wieder in Betrieb.

Was hier für eine Masse von Elend und Noth unter diesen Arbeitslosen während einer solchen Krise herrscht, brauche ich wohl nicht erst zu sagen. Die Armensteuer reicht nicht aus — bei weitem nicht; die Wohlthätigkeit der Reichen ist ein Schlag ins Wasser, dessen Wirkung in einem Augenblick verschwunden ist; die Bettelei kann, wo so viele sind, nur Wenigen helfen. Wenn nicht die kleinen Krämer den Arbeitern zu solchen Zeiten auf Credit verkaufen, so lange sie können, so würde jede Krisis allerdings Massen von „Ueberflüssigen“ durch Hungersnoth wegraffen. So aber, da die gedrückteste Epoche doch nur kurz ist, ein Jahr, höchstens zwei oder dritthalb Jahre dauert, kommen die meisten doch noch mit dem nackten Leben und schweren Entbehrungen davon. Daß indirect, durch Krankheiten u., jeder Krisis eine Menge Opfer fallen, ist Thatsache.

Die Rechtseinheit der Bourgeoisie.

Was für einen Vorn gab es doch während der letzten vier Wochen in der nationalliberalen Presse wegen der in einigen mittelstaatlichen Kammern geführten Verhandlungen über Ausdehnung der Reichscompetenz auf das ganze bürgerliche Recht! Uneingeweihte mußten glauben, eine hartnäckige particularistische Opposition wolle der Nation ein unentbehrliches Stück Einheit schlechterdings vorenthalten. In Wahrheit verhielt es sich freilich umgekehrt. Weit entfernt, den Nationalen die Sache selbst freitig zu machen, suchten die Particularisten vielmehr ihnen in Hingebung den Rang abzulaufen. Es war ein Stück Comödie, wie der komische Wettstreit zwischen den Herren von Vob und von Kals und Ueberreichen des Stimmphändes in „Calale und Liebe“. Die Particularisten beeilten sich, ihre verschiedenen Landrechte der größeren „Einheit“ zu Ehren höchst eigenhändig abzuschlachten, und die Nationalen waren während darüber, daß es ihnen nicht anschließend vorbehalten blieb, dieselben mittelst des Reichstags todzuschlagen. Darum der ganze Streit! Daß ein Gesetzbuch vor vielen den Vorzug verdiene, darüber waren sie alle gleicher Meinung. Was aber in dem Gesetzbuch stehen werde, das kümmerte sie nicht im mindesten. Höchsten die größere oder geringere Bequemlichkeit für die Juristen beim Nachschlagen, der Umstand, daß sie einerseits alles in einem Buche beisammen, andererseits die gesuchten Bestimmungen nicht mehr an der gewohnten Stelle, unter den durch den Gebrauch dem Gedächtniß eingepprägten Titeln und Paragraphen finden würden, kam zur Erwähnung. Dank dem Umstande, daß ja in unsern Vertretungskörpern immer zahlreiche Juristen sitzen, die ihr Handwerksinteresse zu wahren wissen. Mit der Frage: Was Rechtens sein solle? hat dieses Interesse nichts zu thun und so hat denn auch kein Mensch es der Mühe werth gefunden, an diese Frage und ihre präsumtive Beantwortung durch die gegenwärtig entscheidenden Mächte auch nur zu erinnern. Inwiefern im öffentlichen Rechte, wo die dominirende Partei, einzig bedacht darauf, daß ein Prinzip in ganz Deutschland zur Geltung komme, sich gegen die Frage: Was herrschen solle? ob Knechtschaft oder Freiheit? vollkommen gleichgültig zeigt, so hat sie es auch beim Privatrecht gemacht, und die sogenannten Conservativen, Particularisten u. haben durch ihre bedingungslose Zustimmung bewiesen, daß sie in diesem Punkte um kein Haar besser sind, als die Nationalen.

Nur ein ganz vereinsamt dastehender Publicist hat bei Verhandlung der Frage, mit deren formeller Seite sich Zeitungen und Landtage ausschließlich zu schaffen gemacht haben, auch auf das Materielle, auf den Inhalt des zu schaffenden Reichsrechts eingehen zu müssen geglaubt, und sich — nicht über die zu schaffenden einzelnen Bestimmungen, wohl aber über den Geist, in dem das Ganze werde gehalten sein, in einer Weise geäußert, welche sicher geeignet ist, die Aufmerksamkeit der Sozialisten auf den weiteren Verlauf dieses Gesetzgebungswerts hinzulenken. Wir glauben deshalb den bezüglichen Passus zur Kenntniß unserer Leser bringen zu sollen. Constantin Frantz schreibt in seiner unlängst erschienenen Broschüre: Die nationalliberale Rechtseinheit und das Reichsgericht:

Wir befinden uns in einer Uebergangsperiode. In einem Umbildungsprozeß, welcher eben so die realen Zustände und positiven Institutionen, wie die Denkweise und Ueberzeugungen der Menschen umfaßt, infolge dessen alles heute Entscheidende den Charakter des Provisorischen, Unfertigen und Schwankenden hat, und dabei überall mit inneren Widersprüchen behaftet ist. Eine Gährung also, welche erst vollendet sein muß, ehe wieder zu klaren Verhältnissen zu gelangen ist. Was hiesse es nun aber, unter solchen Umständen ein allumfassendes Gesetzbuch machen zu wollen, worin doch eben nur das Unfertige, Schwankende und Widersprüchsvolle des heutigen Treibens und Denkens zum Ausdruck kommen könnte, weil wirklich kein Zeitalter sich über sich selbst zu erheben vermag? Es hiesse ja nichts anderes, als grade dasjenige Stadium, welches der allgemeine Gährungsprozeß heute erreicht hat, legislatorisch fixiren (feststellen), und so einen künstlichen Stillstand

gebieten wollen, indessen die Gährung dennoch fortschreiten, und die ihrem Fortschreiten angehangene Gewalt um so mehr zu Explosionen führen würde. Nein, grade unter solchen Umständen hat man sich vor einer allumfassenden tief eingreifenden Gesetzgebung abichtlich zu hüten, weil man wirklich noch nicht weiß, wohin die Dinge eigentlich wollen, wie andererseits auch nicht mit Sicherheit zu sagen vermag, wohin sie geleitet werden sollten.

Es gilt dies insbesondere von den heute im Vordergrund stehenden Eigenthums- und Erwerbsfragen, wobei es sich um die Grundlagen unserer ganzen Gesellschaftsverfassung handelt. Da grade ist nun die Verschiedenheit der Ansichten und Bestrebungen bis zum directen Gegensatz gelangt. Hier der Liberalismus, oder richtiger Individualismus, wonach die Eigenthums- und Erwerbsverhältnisse nur nach dem absoluten Rechte des Individuums zu beurtheilen wären; dort der Sozialismus, der hingegen alles Eigenthum und allen Erwerb als ein nur durch Mitwirkung der ganzen Gesellschaft entstandenes und einsehendes Product betrachtet, welches darum auch nicht dem Individuum, sondern der Gemeinschaft seiner erzeugenden Factoren gehören müsse. Und was bedarf es der Worte, wie entscheidend diese Eigenthums- und Erwerbsfragen für das ganze Civilrecht sind, so daß es kaum ein civilrechtliches Verhältniß geben wird, dessen Beurtheilung nicht eben durch diesen Gegensatz der Ansichten mehr oder weniger die Directive (das Verfahren, das einzuhalten ist) empfinde. Welche Grundansicht wird denn also für die neue Gesetzgebung maßgebend werden?

Nun, ein sozialistisches Gesetzbuch haben wir jedenfalls nicht zu erwarten, dafür ist durch unser Parlament, worin so viele Parteimänner und Gründer das große Wort führen, genügend gesorgt. Um so gewisser aber würde die, leider nicht bloß in diesem Parlamente, sondern in dem ganzen sogenannten gebildeten und dabei wohlhabenden Publikum noch immer weit vorherrschende liberale Auffassung zur Geltung kommen, wie auch die bisher vom Nordbunde und vom Reiche erlassenen ökonomischen Gesetze schon ganz unverkennbar diese Richtung eingeschlagen haben. Sind es also die liberalen Prinzipien, welche durch das neue Gesetzbuch für alle Lebensverhältnisse und im ganzen Reiche zur Geltung gebracht werden würden, — hiesse das nicht gesichtlich den Kampf heraufbeschwören, weil andererseits die ganze, nicht zu dem sogenannten gebildeten und wohlhabenden Publikum gehörende, große Masse des Volkes von dieser liberalen Weltansicht, welche in ihren praktischen Folgen nur zu einem Ausbeutungssystem und zur Kapitalistenherrschaft führt, nichts mehr wissen will, und dann unvermeidlich zu gewaltsamen Unternehmungen hingedrängt sein würde, wenn gleichwohl das liberale System alle Gesetze durchdringen hätte?

Man beachte doch nur, was in Frankreich thatsächlich vor Augen liegt. Weil nämlich zur Zeit der großen Revolution bei der ganzen geistigen Elite Frankreichs die liberale Ansicht als unantastbare Wahrheit galt, so ist sie auch für den Code Napoleon maßgebend geworden, worin daher die Eigenthums- und Erwerbsverhältnisse nach rein individualistischer Auffassung behandelt sind. So hat eben dieser Code die dortige Bourgeoisieherrschschaft begründet, und damit den unvermeidlichen Gegensatz derselben zu dem Pöple (Volk) geschaffen, der nun in den bestehenden Gesetzen nichts weiter als Werkzeuge zu seiner Unterdrückung sieht. Man wird diesen inneren Zusammenhang der Dinge nicht bestreiten können. Sollte es sich denn jetzt bei uns befähigen, was Hegel einmal sagt: daß die Völker niemals etwas aus der Geschichte gelernt hätten, und sollten wir also auch bei uns denselben Kampf organisiren? Wahrscheinlich, wenn auch die Gründe, mit welchen vor einem halben Jahrhundert Savigny den Beruf der Zeit zur Gesetzgebung bestritt, nicht alle stichhaltig gewesen sein möchten, — bei der heutigen Divergenz und Berührung der Ansichten gilt seine Behauptung mehr als je.

Zwar wird in allen etwas tiefer gebildeten Kreisen die Unzulänglichkeit der liberalen Ansichten bereits anerkannt. Wenn man aber unbedenkenlich doch andererseits sich noch lange nicht für den Sozialismus erklären dürfte, so erwarte oder wünsche ich zwar das auch nicht, nur wäre ich neugierig zu hören: welche Ansicht jetzt wirklich maßgebend werden soll? Denn damit ist es wohl nicht abgethan, daß man die allzu äppigen Schöpflinge des Liberalismus von Staatswegen beschneide, und dem Liberalismus selbst einige sozialistische Reime inoculiren will, nach Art unserer Kathedersozialisten. Mit prinzipiellen Palliativen wird man die heutige Capitalistenherrschaft nicht beseitigen, — an deren langem Fortbestand, da sie mit dem allgemeinen Stimmrecht wie mit der allgemeinen Wehrpflicht im flagrantesten Widerspruch steht, doch kein denkender Mensch mehr glauben wird, — noch andererseits die große Masse der Gegner dieser Herrschaft befriedigen können. Damit ist also noch kein Standpunkt gewonnen, von wo aus die Gesetzgebung eine sichere Entscheidung treffen könnte. Und es wird noch Zeit dazu gehören, ehe sich das neue Prinzip herausbildet, welches einstweilen erst als bloße Forderung auftritt.

Wie der Leser aus Obigem ersieht, ist Dr. Constantin Frantz ein Gegner der sozialistischen Bestrebungen, und in der That, wir stehen zu diesem „konservativen Sonderling“, wie ihn ein sächsischer Schriftsteller genannt hat, durchaus nicht in irgend welcher prinzipiellen Verwandtschaft. Aber Constantin Frantz hat auch von seinem Standpunkte aus erkannt, daß die moderne „Entwicklung“ eine grundverlehrte ist, und nachdem die Ultramontanen bewiesen, daß sie liberaler sind als die „Liberalen“, so dürfen wir uns um so weniger wundern, wenn ein konservativer Schriftsteller die Lage der Dinge besser zu übersehen vermag, als diejenigen, die heute auf der politischen Oberfläche treiben. Die Frage bezüglich

des zu schaffenden „Reichsrechts“, welche Franz in den oben citirten Ausführungen angeregt hat, ist indeß so bedeutend und weittragend, daß auch wir uns damit beschäftigen dürfen, ohne Zeit zu verschwenden. Franz erkennt, daß in der heutigen Gesellschaft die Parole lautet: Die Liberalismus! Die Sozialismus! Wenn er den ersten verwirft und den zweiten nicht wünscht, so zeigt dies eben nur, daß er den Messias, der die von ihm (Franz) erkannten Schäden heilen soll, von einer Seite erwartet, von wo er nicht kommen wird. Dort die liberale Bourgeoisie, hier das sozialdemokratische Proletariat! Dies sind die beiden Gegner, die den politischen und sozialen Kampf der Gegenwart kämpfen und auch den der Zukunft ausfechten werden; was zwischen diesen beiden steht, ist von keiner Bedeutung!

Politische Uebersicht.

Die Reichstagswahlen haben, wie zu erwarten, die Reactionspresse aller Schattirungen in Bewegung gesetzt und von den General-„Saubriten“ in der „Norddeutschen Allgemeinen“ und „Befreiung“ herab bis zu den kleinen Trompetern in den Antablättern von Schilda und Krähwinkel wird zum Angriff gegen die Sozialdemokratie geblasen. Nun, wir sind gerüstet, es kann losgehen.

Was die Reactionspresse, heiße sie sich nun fortschrittlich, liberal, konservativ oder ultramontan, schon alles über uns gelogen hat, das wissen unsere Leser am besten aus der Zeit, wo unsere Brüber in Paris das rothe Banner der Brüderlichkeit hoch slattern ließen vom Giebel des Stadthaus, und wer noch nicht an die Verlogenheit der Bourgeoisie glaubt, der kann sich bei nur einigermaßen gutem Willen auch in diesen Tagen überzeugen. Wie Spinoza einst sagte: „Zum Kriegsführen gehört Geld, Geld und abermals Geld“, so folgt unsere Bourgeoisie- und Reactionspresse der geheimen Devise: „Wollen wir siegen, dann heißt es: „Gelogen, Gelogen, Gelogen!“ Und wie wader sie ihre Devise halten, die edeln Brüber von Reptilienfonds, von Bismarcks und Stiebers Gnaden! Ist doch das „Braunschweiger Tageblatt“, das unserm Parteigenossen Brade bezüglich seines Charakters nicht das Geringste nachsagen, das an Brade's Ehre nicht den mindesten Makel nachweisen kann, schon soweit gekommen, daß es ihn „Ehren-Brade“ nennt! Es gibt auch eine Ironie, die zweischneidig ist und namentlich kommt sie vor bei Leuten, die das Wort „Ehre“ gern in demselben Munde führen, der einst an Bismarcks Tafel gefüttert worden ist. Wir machen die Schreiber des „Braunschweiger Tageblatts“ hierauf aufmerksam.

Dem ganzen verlogenen Schwarm voran marschirt die „Magdeburger Zeitung“, ein Blatt mit einer schlaun Redaction, so schlaun, daß sie bereits ein „geheimtes (?) Abkommen“ zwischen Sozialdemokraten und Ultramontanen abhat. Man sollte wirklich meinen, die Magdeburger Tante sei noch so gelehrig, daß sie in ihren alten Tagen sich die Künste der Stieberei glücklich zu eigen macht. Aber leider ist die schöne Zeit „voll Wohlstand und Bürgerglück“ verschwunden, wo Stieber Protokolle fälschen und der Lump Henze als „Zeuge“ die preussische Civilisation vor der demokratischen „Best“ retten konnte. Auch Lindenbergsigt als Dieb im Voh, und so muß selbst die Tante Magdeburgerin eingestehen, daß es „anders“ geworden ist; sie wischt sich die fronten, so oft verdreht Augen mit der Schürze und ruft: „Daß die Sozialdemokratie im fünftigen Reichstag stärker vertreten sein wird, als im letzten, scheint sicher.“ — Ja, liebe Tante, und du wirst wohl wieder zur Schürze greifen müssen, wenn die das Wahlergebnis an die alten, gehoramsam hängenden Ohren schlägt.

Aber ersparen wir unsern Lesern das Gefühl des Efels, das sich ihnen sicherlich ausdrängen würde, wollten wir all die Niedertracht, all die Erbärmlichkeit vorführen, mit welcher unsere Gegner das Treiben zur kommenden Wahl eingeleitet haben. Lachen wir lieber über die Ormassen, welche die alte Reaction schneidet! Mit ungeheurer Heiterkeit wollen wir uns die verblüfften Gesichter Derjenigen betrachten, die da glaubten, das alte Verdummungsgeschäft, wie es schon seit Jahrtausenden von frommen und unfrommen Dieben, „ehrlischen“ und „unehrlischen“ Leuten, seinen und groben Betrügnern, kleinen und großen Staatsmännern so gewinnreich betrieben worden, gehe gemüthlich weiter unter den einflussreichen Klängen des „Cia-popeia vom Himmel“. — „Bei den Reichstagswahlen haben wir mit größern Schwierigkeiten zu kämpfen, als bei denen zum Landtage“, sagt sich vor Bauchgrinnen windend, die Magdeburgerin. Das klingt allerdings anders als „Cia-popeia!“

Woge der Erfolg der gegenwärtigen Agitation sein welcher er wolle, möge die Zahl der Männer, welche sich das arbeitende Volk zu seinen Vertretern im „Reichstag“ erwählt, größer oder kleiner sein — wir werden Gelegenheit erhalten, die Verlogenheit, die Schlechtigkeit der Gegner an den Pranger zu stellen; wir werden Gelegenheit haben, ihr Verdummungsgeschäft, wo nicht zu legen, so doch zu beeinträchtigen — Dinge, wahrlich nicht unwerth unserer ersten Arbeit. Darum alle Kräfte angespannt!

Die „Rehrseite der Medaille“. Wenn die von der Preussensche besallenen Soldschreiber Bismarcks von Berlin, dem Brennpunkt der preussischen Civilisation an der Spree reden, so geschieht dies in den überschwänglichsten Ausdrücken, und man möchte dabei fast befürchten, daß es noch Simpel gebe, die da glauben, die Residenz der Hohenzollern sei das Paradies auf Erden. Herr Gustav Freytag gehört zwar auch zu denjenigen Schriftstellern, die stark an der Preussensche kranken; indeß hat er manche lichte Augenblicke, und in einem solchen mag er in seiner Zeitschrift: „Im neuen Reich“ die Schilderung von Berliner Zuständen der Deffentlichkeit überliefert haben, wie wir sie hier zum Abdruck bringen. Wir greifen die bezüglichen Stellen heraus:

„An Kellernwohnungen existiren in Berlin nicht etwa einige Duzend oder ein paar Hunderte, sondern volle 141,000 Tausend mit über 60,000 Einwohnern, eine bedeutende unterirdische, luft- und lichtarme Stadt mit leider oft auch lichtschwachen Bewohnern. In keiner ebenbürtigen Großstadt sind dieselben so allgemein verbreitet wie in Berlin. Und das Sonderbarste und Ueberraschendste dabei ist, daß gerade die anspruchsvollsten, relativ neu angelegten Viertel der Residenz, diejenigen Straßen, wo die Prachtbauten und Paläste des Capitals sich gegenseitig an Luxus und Eleganz zu überbieten suchen, auch die meisten Kellernwohnungen, etwa 91 Prozent aller Wohnungen Berlins, in der Friedrichsstadt dagegen schon über 17 Prozent, in der Friedrich-Wilhelmsstadt 13 Prozent.

Ueber die Hälfte dieser elenden, kaum des Namens einer Menschenvohnung würdigen Gänge, welche einzig nur ein heidnisches Zimmer, nämlich 63 Prozent derselben; einzelne, aber gleichwohl nur sporadisch vorkommende, sind gar nicht heidnisch. Diese finden sich meist in den alten Stadttheilen. Das ungün-

stigste Verhältniß aber zeigen die Oranienburger und Rosenthaler Vorstadt, die meist von dem eigentlichen Proletariat, von kleinen Handwerkern, Krämern und Tagelöhnern bewohnt werden, sowie das neue Reichbild und Weberdistrikte.

Welche Klassen der Gesellschaft bewohnen nun die eigentlichen Keller, welche ist deren soziale Stellung, welchen Einfluß haben die Kellernwohnungen auf die allgemeine Sittlichkeit der Hauptstadt? Dr. Schwabe stellt in dem städtischen Jahrbuch von 1871 folgende vier Klassen derselben nach der Prozentzahl ihres Contingents zur Einwohnerzahl Berlins auf 34 Prozent keine Handwerker: Schuster, Klempner, Schlächter, Barbierer u. dgl.; 32 Prozent Tagelöhner, Handarbeiter, Wäscherinnen, Dienstmänner und Portiers; 20 Prozent keine Handelsteile, Trödler und Pfandsjuben, bei denen, wie bekannt, Lampen, altes Eisen, alte und neue Kleider, Bücher und sonstige Utensilien „zu den höchsten Preisen“ gekauft und verkauft werden, die aber auch kleine Geld- und Buchergeschäfte à la Dachauer Bank treiben und sich in ihren unterirdischen Höhlen wenig daraus machen, sie und da einmal ihrem verfallenen Klienten moralisch den Hals umzudrehen. Endlich, und das ist die interessanteste, in sozialer Hinsicht aber auch verwerflichste Klasse, 14 Prozent Schankwirthe und „Bubler“, ein weit umfassender Begriff.

Unter diese vierte Kategorie gehören nämlich, als ehrenwerthe (!) Ausnahmen, auch mehr oder weniger elegante Restaurateure, die berühmten Berliner „Kaffeeklappen“, in denen, laut am Eingange angehefteten Preiscurant, „eine Portion Kaffee 6 Pfennig, eine Tasse Kaffee 1 Sgr.“ kostet. Der „mythisch“ billige Preis von 6 Pf. für die Portion Kaffee entspricht natürlich den Bestandtheilen dieses edlen Getränkes, das, mit Ralkmilch und einer Beimischung von Syrup gelöst, aus Cichorien besteht, auf die etwa ein halbes Loth Kaffee gegossen wird. „Sahne is nich“ und ebenfowenig Zucker. Ebenso stereotyp ist die Lectüre in der Kaffeeklapp, bestehend gewöhnlich aus drei Blättern, der Gerichtszeitung, der alten Held'schen Staatsbürger-Zeitung und dem Intelligenzblatt. Das dort verlehrende Publikum besteht aus Leuten, die entweder schon gänzlich verkommen oder nahe daran sind, in die Sphäre der „problematischen Existenzen“ überzutreten, meist unverheiratete Schlafstellen-Bewohner, sogenannte „Schlafburken“, entlassene oder baronisirte Handlungsdiener und Ladenknechte, brodblos gewordene Bureauschreiber, unsterbliche Studenten in allerhöchsten Semestern, Künstler von großem Namen aber ohne Beschäftigung und sonstige dergleichen verkannte Genies; alles Leute, die gegen acht und neun Uhr Morgens sich äußerst bescheidene Chambrö garnie verlassen und sich dann regelmäßig, namentlich bei rauher Witterung, in der Kaffeeklapp einfinden, wo sie stets gleichdenkende und gleichdubende Seelen treffen, mit denen sie für einen Silbergroschen den Vormittag im Trodenen und Warmen zubringen, plaudern und planen können, die Gerichtszeitung dreimal durchstudiren und vor allem das Intelligenzblatt durchstöbern, ob sich darin vielleicht eine Beschäftigung, ihrer Bürde und ihren Kräften angemessen, angeboten findet. Am Abend endlich verkehren daselbst auch einzelne Strahndamen, um gelegentlich gegen die kalte Abendluft oder gegen die noch unarmherzigere Polizei Schutz zu suchen.

Das düsterste Bild von den traurigen Eigenthümlichkeiten der Kellernwohnungen aber bietet noch immerhin die zahlreichste erste oder zweite Klasse bezüglich der denkbarsten Raumbeschränkung, jene 30 Prozent der von Handarbeitern und Tagelöhnern bewohnten Kellernhöhlen mit einem oder zwei oder gar keinem heizbaren Zimmer. Ein junger Arzt unserer Bekanntheit wird noch spät gegen Witternachten zu einer todtkranken Frau gerufen, die in einem Keller in den äußersten Werten der Vorstadt wohnt. Im Dunkeln etwa zwanzig Treppentufen hinuntersteigend, im Dunkeln bis an das Ende eines engen feuchten und dämpfenden Kellergewölbes umherlappend, gewahrt er auf halb verfallnem Strohhalm mit rothem Ziegelstein gepflasterten feuchkalten Boden drei halbmadte Kinder im Alter von drei bis zehn Jahren, in der andern Ecke einen im tiefsten Rausche schnarchenden Menschen von wildem, härtigen Aussehen, den Vater dieser unseligen Brut, den trunkenen Gatten des mit dem Tode ringenden Weibes, seines Bruders ein Mauerer — die ganze Scene beleuchtet von dem juckenden Lichtstrahl eines flackernden Talgkumpfs.

Und dieses finstere, elende Voh war die tägliche und nächtliche Wohnung und Schlafstätte für sechs Menschen, die alle der Ansehung zum Opfer fallen mußten, eine ferner zahlreichen überfüllten Wohnungen, welche sich in Berlin von Jahr zu Jahr in erschreckenden Prozentzahlen mehren, wofür noch immer keine Abhilfe geschieht, weder seitens der Gesellschaft, noch seitens der städtischen Commune.

Zustände, welche wahrlich geeignet sein sollten, unsere deutschen Mädel von der Preussensche zu heilen. Aber Mädel erfährt von diesen Dingen Nichts. Blandern ihm doch seine Zeitungsschreiber täglich vor von dem „Centralplage deutscher (d. i. preussischer) Wahrhaftigkeit“, erzählen sie ihm doch täglich von dem Thurm, der den Reichskriegeschlag enthält und bis obenans mit gemüthtem Gold angefüllt ist, von den Oden, die es täglich auf die Brustläge guter Patrioten regnet, von den großen Paraden, wo es nach Uniformen riecht, von den drohschenschwärmenden Arbeitern, von den Steinträgern, die bei fünf Thalern täglichen Verdienst den Champagner zum Frühstück aus Weißbiergläsern trinken und so einen Rehrücken im Handumdrehen verkehren, von den bösen Sattlergesellen, die ihre Fahrt in's Arbeitslokal bezahlt haben wollen, vom großen „Kulturkampf“ und vom guten Reichstag, der das „Bewilligen“ — obgleich's der Bismarck eigentlich nicht braucht — doch so trefflich versteht, daß das Pauschaquantum schon an allen Nähten geplagt ist in Folge allzu großer Angeschwollenheit. Mein Liebchen, was willst Du noch mehr? Was Wunder, wenn so ein guter Mädel da denkt, in Berlin sei das Himmelreich auf Erden wirklich hergestellt, und die verrückten Sozialdemokraten verflucht, die mit solch paradiesischen Zuständen unzufrieden sind und gar keine „Bermunft“ annehmen wollen?

Hoffentlich wird der Freytag'sche Aufsatz Manchem einen Strich durch seine paradiesische Rechnung machen und wird vielleicht Manchem uns zum Recht geben, wenn wir hier wiederholen: die Medaille, welche auf der Vorderseite die Fidelehaube, die „schönen Cavalleriegefechte“ und den „Kulturkampf“ trägt, muß nothwendigerweise auf ihrer Rehrseite das furchtbarste Massengeld, die insamsche Prostitution und die schrecklichste Verwilderung aufweisen. Die moderne „Entwicklung“ aber führt dahin, wo diese Rehrseite sichtbar werden wird und wo sie keine Fidelehaube, keine „schönen Cavalleriegefechte“ und kein „Kulturkampf“ mehr werden verhillen, den Blicken der Welt entziehen. Man wird dann keine Paraden mehr abzureihen brauchen, damit sie die Augen „hoher“ Herren nicht beleidigen und Dr. Polizeipräsident von Madai bekommt dann vielleicht noch Gelegenheit, zu sehen und zu lernen, von wannen die Prostitution kommt und wohin sie wieder geht. Es wird dann in anderen Händen liegen, zu entscheiden, ob die Rehrseite der preussischen Medaille eine Beleidigung für die Menschheit ist oder nicht!

— Preussische Musterwirthschaft. Westphälische Handelskammern haben sich an das preussische Handelsministerium gewendet mit dem Ersuchen, dasselbe möge die Tariffäge der Eisenbahnen für Kartoffeltransport herabsetzen. Das Handelsministerium hat dieses Ersuchen abschlägig beschieden, da „ein Nothstand nicht zu befürchten sei“.

Wie es scheint, haben die Handelskammern beabsichtigt, durch eine Ermäßigung der Fahrpreise auch eine Ermäßigung der Kartoffelpreise zu erwirken und somit der arbeitenden Klasse eine Erleichterung zu verschaffen, da diese sich ja zum weitaus größten Theil von Kartoffeln nährt. Damit haben sie freilich weit neben das Ziel geschossen. Es ist Thatsache, daß die Herabsetzung des Frachttariffs fast ohne Ausnahme nicht den Consumumenten zugute kommt, sondern jenen Lieferanten und Speculanten, welche sich als „Zwischenhändler“ so unverkämpt zwischen Producenten und Consumenten drängen und so die Arbeiterklasse doppelt betrügen und beschlehen. Die Arbeiterklasse muß sonach von dem Ertrag ihrer Arbeit den „Profit“ für den „Unternehmer“ und den „Verkäufer“ abgeben und ist doppelt übel dran. Aber nicht etwa aus solchen Befürchtungen hat das preussische Handelsministerium das Ansuchen der Handelskammern in Westfalen abgelehnt, es hat als Grund seiner Ablehnung nicht geltend gemacht, daß ja auch bei ermäßigten Tariffägen die Kartoffeln für die Bevölkerung gerade so theuer bleiben, wie vorher, und nur die Zwischenhändler mehr Profit haben. Wie man in Preußen maßgebenden Ortes in solchen Dingen denkt, das dürfte am Besten eine beachtenswerthe Notiz zeigen, welche der „Frankfurter Zeitung“ aus Süddeutschland zugeht. Es heißt da:

„Der Abg. E. Richter hat in seiner Rede über das preussische Staatsbudget auch die finanziellen Ertragsverhältnisse von Steuereinkünften und Eisenbahnen erwähnt. Dieser Gegenstand hat noch eine weitere, sehr beachtenswerthe Seite. Allgemein und längst drang man darauf, und zwar mit großem Erfolge, daß die Bahnverwaltungen ihre Tariffäge für Kohlentransport auf ein Minimum herabsetzten. Natürlich wurde damit bezweckt, jenes unentbehrliche Brennmaterial den Consumenten um so wohlfeiler zu verschaffen. In früherer Zeit boten sich auch die Gruben- und Eisenbahnverwaltungen gemeinsam die Hand, um durch billige Preise einen möglichst ausgedehnten Absatz zu erzielen. Anders in den letzten Jahren. Die Bergwerksverwaltung (und wir reden speziell von der Saarbrücker) benutzte die wohlfeilen Eisenbahnfrachten, um den Preis der Kohlen mehr und mehr in die Höhe zu schrauben. Die niedern Frachtsätze sind nicht mehr dem Publikum, sondern einzig und allein dem preussischen Fiskus zugute gekommen. Der Preis der Saarkohlen ist binnen zwei Jahren durchschnittlich um Hundert Prozent erhöht worden. Es ist uns dieser Tage eine Denkschrift zu Gesicht gekommen, welche nicht nur erörtert, daß der sog. Feuertarif die gesteigerten Selbstkosten nicht mehr deckt (die pfälzischen Bahnen allein haben in Folge der Kohlenpreissteigerung eine Mehrsumme von ca. 300,000 fl. jährlich), sondern woran auch vollkommen glaubhaft nachgewiesen ist, daß die billigen Frachtsätze lediglich als Anreizung zu immer weiteren Preissteigerungen dienen, und daß rechtzeitige Frachtpreiserhöhungen die rasch auf einander gefolgten Preisaufschläge der Kohlen um den Betrag dieser Erhöhungen ermäßigt gehalten hätten. Es wäre im Interesse des kohlbedürftigen Publikums zu wünschen, daß der preussische Landtag das hier ange-deutete Verhältniß näher in's Auge faßte. — Nachschrift. Soeben erfahre ich, daß man in Saarbrücken die Kohlenpreise neuerdings wieder erhöht hat!“

Da hätten wir also den Standpunkt, den die preussische Regierung solchen Fragen gegenüber einnimmt. Handelt es sich darum, die Tariffäge zu ermäßigen im Interesse der Consumenten, so lehnt sie es ab, und es ist ihr gleichgültig, ob die Ermäßigung den Zwischenhändlern oder den Consumenten zugute kommen würde; wo sie aber, wie bei den Saarkohlengruben, die Stellung des Unternehmers und Zwischenhändlers zugleich einnimmt, da bestimmt sie sich gar nicht, die Tariffäge zu ermäßigen, damit sie die Kohlenpreise in die Höhe schrauben kann. Die erhöhten Preise aber drücken den Kleinbürger und den Arbeiter. So wird die Bourgeoisie zur mildehenden Kuh für den Staat und für die Bourgeoisie, was die beiden Letzteren nicht hindert, das färgliche Bündel Hen, das dieser mildehenden Kuh noch bewilligt wird, stets höher zu hängen und spärlicher zu bedenken.

— Im Max Hirsch'schen „Gewerkeverein“ finden eine Notiz bezüglich der oberlausitzer Gewerkevereine, wonach die Generalversammlung derselben nachstehende fünf „Thesen“, die dem Gehirne des Oberlehrers Pache in Zittau entsprungen, angenommen hat:

1. Der oberlausitzer Central-Gewerkeverein hält die Grundsätze der Sozialdemokratie für verwerflich und hat deshalb dafür Sorge zu tragen, daß allen im Bezirk auftretenden sozialistischen Agitatoren Opponenten entgegenzutreten.
2. Die soziale Frage ist wesentlich mit Bildungsfrage. Demgemäß haben alle Verbandsvereine:
 - a. Arbeiterbildungs- und Gewerkevereine ins Leben zu rufen; wo das nicht möglich, haben sie in regelmäßiger Wiederkehr öffentliche Versammlungen abzuhalten, in denen Fragen zu erörtern sind, welche die Interessen der Arbeiter betreffen;
 - b. die durch das neue Schulgesetz geschaffenen Fortbildungsschulen kräftig zu unterstützen und dafür Sorge zu tragen, daß in diesen Schulen unter allen Umständen Unterricht über die wichtigsten Grundsätze der Volkswirtschaftslehre erteilt werde;
 - c. Fortbildungsschulen für erwachsene Mädchen zu errichten in Orten mit Großindustrie namentlich in diesen Schulen auch Unterricht in weiblichen Handarbeiten zu erteilen und sind die Schülerinnen im Kindergarten zu beschäftigen.
3. Zur Erhaltung des Friedens zwischen den betreffenden Faktoren der Produktion sind Einigungsämter, resp. Schiedsgerichte zu errichten.
4. Im Interesse der gedeihlichen Weiterentwicklung und Sicherstellung der wirthschaftlichen Lage der Arbeiter haben die Gewerkevereine dafür zu agitiren,
 - a. daß alle Arbeitgeber ihre Arbeiter in einer Unfallversicherungsgenossenschaft versichern;
 - b. daß die Arbeiter Kranken- und Begräbniskassen beitreten;
 - c. daß die Arbeiter in Wittwen- und Invalidenklassen treten;
 - d. daß das Genossenschaftswesen, namentlich in der Form der Konsum- und Vorkaufvereine gedeihe.
5. Die Gewerkevereine haben lebensfähige Produktiv-Genossenschaften zu errichten, resp. bestehende zu unterstützen.“

Max Hirsch schließt sich natürlich diesen „Thesen“ verständig einig an. Wir haben hier nur unsere aufrichtige Freude auszudrücken, daß sich in Sachsen endlich einmal Leute finden, die sich uns mit offenem Bistri gegenüberstellen wollen. Auf den Inhalt der „Thesen“

lassen wir uns hier weiter nicht ein; das dürfte Sache öffentlicher Erörterungen werden und wollen wir gelegentlich dem Herrn Pache in Zittau einen Besuch abstatten. Er mag dann öffentlich seine Palliativmittel mit den Bestrebungen der Sozialdemokratie vergleichen.

Die Agitation — gerade jetzt bei den Reichstagswahlen — wird von unsern Gegnern so feige und heimtückisch betrieben, daß wir den Gegner, welcher sich uns offen gegenüberstellen will, geradezu als einen weichen Kackstein betrachten müssen. Wir könnten „liberale“ Reichstagskandidaten namhaft machen, die zu feig sind, uns in öffentlichen Versammlungen gegenüber zu treten und deshalb mittelst ihrer Gevatter- und Schwägerschaften bei den einzelnen Ortsvorständen „im Stillen“ für sich wirken. So, hoffen sie, wird sich „schon machen“. Die Arbeiter werden indes begreifen, daß solche Gesellen, die nicht den Muth haben, vor dem Volke zu sprechen, nicht fähig sind, für des Volkes Interessen gegenüber einer „starken“ Regierung einzutreten. Die Arbeiter werden solche Leute einfach nicht wählen.

Daß Herr Pache und die seinen „Thesen“ zustimmen, nicht zu dieser Art von Maulwurfsen gehören wollen, ist uns sehr erfreulich und wir werden die uns gebotene Gelegenheit nicht unbenutzt verstreichen lassen.

Die Ultramontanen in der badischen Kammer haben das Beispiel der Berliner Glaubensbrüder nachgeahmt und einen Antrag auf allgemeine gleiche und direkte Wahlen für den badischen Landtag gestellt. Verschiedene Blätter glauben, daß der Antrag durchgehen wird. Mag dem sein, wie ihm wolle; es wäre damit nur bewiesen, daß die badischen Ultramontanen ebenso liberal als die badischen „Liberale“ und daß der badische „Fortschritt“ mit den Ultramontanen gleichen Schritt hält, während der preussische hinter ihnen drein hinkt.

Den Durchfallscandidaten für den 17. sächsischen Wahlbezirk will, wie es heißt, gegen Bebel Hr. Penzig in Meerane abgeben; es ist das derselbe Herr, der kürzlich im sächsischen Landtag die auch von uns mitgetheilten berüchtigten Aeußerungen über die Partei machte. Die sozialdemokratische Partei im 17. Bezirk ist Hr. Penzig für sein Martyrium sehr dankbar; es verlautete schon, die Gegner würden uns diesmal den Bezirk ohne Kampf überlassen und das wäre uns leid gewesen, denn nur ein im Kampf erfochtener Sieg hat Werth. Wir hoffen und wünschen also, daß sich die Gegner für Hr. Penzig nicht ins Zeug legen und unsern Genossen im 17. Bezirk den Sieg nicht allzu leicht machen.

Für letzten Sonnabend, Sonntag und Montag annoncirt unsere Parteiblätter in Sachsen nicht weniger als 33 Volksoersammlungen, ungerednet die Vereins-, Partei- und Comiteefestungen, die meist für denselben Zweck — die Reichstagswahlen — dienen. Bei solcher Rührigkeit werden eine Anzahl Siege nicht ausbleiben.

Eins parlamentarischer „Sieg“.

Mit der Majorität von 271 gegen 96 Stimmen hat gestern das Haus der Abgeordneten in namentlicher Abstimmung beschlossen, den Antrag Windthorst auf Reform des preussischen Wahlrechts in zweiter Berathung erst nach Ablauf von sechs Monaten in Betracht ziehen. Damit ist der Inhalt des Antrags weder gebilligt noch mißbilligt (!), dagegen hat die weitüberwiegende Mehrheit des Hauses damit vor dem Lande erklärt, daß die Arbeit, welche ihm seitens der Centrumpartei zugemuthet worden (!), nicht zu den dringenden (!) Aufgaben der eben beginnenden Legislatur gehört, daß sachliche Gründe nicht im Wege stehen, auch späterhin auf den so eifrig angeregten Gegenstand zurückzukommen, und daß abzuwarten sei, ob derselbe vielleicht (!) nach einem halben Jahre den Charakter einer mehr akademischen Frage abgestreift (!) und praktischen Werth erlangt haben werde.

Mit diesen Worten kündigt die „Norddeutsche allgemeine Zeitung“ vom 28. Nov. oder am 26. Nov. erfolgte „Niederlage“ der Centrumpartei und deren „damit zur vollendeten Thatsache“ gewordene „Holtzung“ an. Bemerkenswerth ist, daß in dieser Ankündigung des Bismarckschen Leiborgans zum Theil wörtlich die Phrasen vorkommen, deren sich Kaster in seiner (natürlich „großen“, mindestens vier Zeitungspalten großen) Rede für Erdrosselung des Windthorst'schen Antrags bedient hatte. Es ist dies ein neuer Beleg dafür, wie recht Windthorst hatte, die Nationalliberalen als „ministerielle“ Partei zu kennzeichnen. Zu bemerken ist ferner, daß das Mittelschen, unbecuene Anträge, die man nicht direkt zu verwerfen wagt, „mit guter Manier“ los zu werden, welches im englischen Musterparlament seit anderthalb Jahrhunderten, wo nicht schon länger, im Gebrauch ist, darin besteht, den betreffenden Antrag auf 6 Monate zu vertagen. Das englische Unterhaus ist nämlich niemals so lange beisammen. Dieses Mittelschen hat der Berliner Landtag vom Londoner Unterhaus geborgt, ist also bei Beiseitigung des Windthorst'schen Antrags gewissermaßen durchaus parlamentarisch korrekt zu Wege gegangen. Charakteristisch ist freilich für den preussischen Parlamentarismus, daß die einzige Waffe, die er bisher dem Arsenal des englischen Parlamentarismus entliehen hat, eine Keule ist, um — den Liberalismus todzuschlagen. Ja, todzuschlagen, in zweifachem Sinn. Als Waffe gegen einen liberalen Antrag, was der Windthorst'sche unzweifelhaft, selbst nach dem Geständniß der „liberalen“ Garotter war, und als Waffe gegen den Liberalismus im Allgemeinen, d. h. die ganze sogenannte liberale Partei. Letzteres, wie sich von selbst versteht, unehrenvoll. Durch sein Votum vom 26. November hat das preussische Abgeordnetenhaus den Liberalismus todgeschlagen. Beiläufig, der beste Dienst, den es uns leisten konnte.

Die „große“ Rede Kasters war eine traurige Sammlung von Gemeinplätzen, Trugschlüssen und Ausfälligkeiten. Mit keinem Satz berührte er den Kern der Sache; er safelte stundenlang vom „Culturkampf“ und allen möglichen und unmöglichen Dingen — und schied um die Frage selbst wie die Kage um den heißen Brei. Nun — diesen drei werden die Herren bei den Wahlen zum Reichstag doch ansprechen haben. Windthorst hatte in seiner Replik Recht, als er den Nationalliberalen zurief: „Sie haben diese Coullisse (das Gesunkener vom Culturkampf) nur aufgeschlagen, um dahinter zu verschwinden. — Aber es wird mein eifrigstes Bestreben sein, die Schuldigen hinter diesen Coullissen hervorzuholen.“ Wenn Windthorst weiter bemerkte: „Mein Motiv bei Stellung dieses Antrags war allerdings u. A. auch, dem Land zu zeigen, wo die liberale Partei hier sich eigentlich befindet.“ So ist das allerdings auch eine kleine „politische Heuchelei“, insofern Hr. Windthorst sich und seiner Partei das Epitheton „liberal“ vindicirt.

Erwähnt sei noch, daß die Fortschrittspartei ihrer Mehrheit nach gegen den Windthorst'schen Antrag stimmte, daß Birkow

Bildung durch die Behauptung leugnete, „in der Entwicklung der preussischen Verhältnisse existire keine Analogie (nichts Entsprechendes) mit dem, was man in Frankreich die Bourgeoisie nenne!“ d. h. es gebe in Preußen keine Bourgeoisie. Bloß Dunder von der Fortschrittspartei meldete sich für den Antrag zum Wort, kam aber nicht zum Sprechen.

Genug: 271 Mitglieder des preussischen Abgeordnetenhauses, darunter sämtliche Nationalliberale und die meisten Fortschrittler haben am 26. November gegen das allgemeine Wahlrecht gestimmt. Das Volk wird sich dies ins Gedächtniß schreiben, und bei den nächsten Reichstagswahlen der siegreichen Majorität zeigen, daß es nichts vergessen. Wo Einer jener 271 sich in einer Volksoersammlung präsontirt, um die Stimmen seiner Mitbürger zu werben, da treibe man ihn aus der Arena mit dem Ruf: „Erinnere Dich des 26. November!“

Gewerksgenossenschaftliches.

Gewerkschaft der Schuhmacher.

Gotha, 28. November. Am 1. Dezember treten alle Diejenigen, welche vom 1. September an in die Krankenkasse traten, in ihre Rechte ein. Die Theilnahme an derselben ist im allgemeinen befriedigend, ja an manchen Orten wider Erwarten eine starke und können wir mit Genugthuung auf das was die letzte Generalversammlung geschafften blieben. Wir wünschen ausdrücklich, daß die Gewerksgenossen soviel als nur möglich den sie bevorstehenden städtischen oder in den Händen der Meister und Fabrikanten befindlichen Krankenkassen den Rücken kehren. Machen wir uns frei von jeder Bevormundung und jedem Einfluß, der unsere männliche Ehre untergräbt und lernen wir mehr und mehr den praktischen Werth der Selbstverwaltung kennen. Unsere Krankenkasse ist ein Institut, wo Niemand wegen seiner Gesinnung hinausgemergelt wird, oder bei Geschäftstopfungen, wie dies bei den Fabrik-Krankenkassen der Fall ist, seiner Ansprüche an die Krankenkasse verlustig geht; oder wenn er einem Werkführer mißliebig geworden ist, fortgesetzt und dadurch um seine Krankenkasse geprellt wird. Obgleich nun der Erfolg unsrer Krankenkasse ein guter ist, so müssen wir doch die Collegen allerorts darauf aufmerksam machen, daß für die Krankenkasse unermüdlich agitiert werden muß. Collegen allerorts, tretet ein in die Krankenkasse, tretet ein in die Gewerkschaft, wenn Ihr vor Bevormundung in jeder Art geschützt sein wollt. Lange genug sind wir das Aushenködel der Gesellschaft gewesen, lange genug haben wir ein Leben voller Elend und Noth verbracht, zeigen wir endlich einmal in unserem eignen Interesse, daß wir die Zeit, in der wir leben, begriffen haben, treten wir auf als selbstständige Männer und alle Bevormundung wird und muß fallen. Wir eruchen die Beamten der Krankenkasse, nachdem schon mehrere es gethan, um Einfindung des Eintrittsgeldes sowie um die fällige erste Rate des letzten Quartals, damit wir zum 1. Januar über die Krankenkasse abrechnen können. Es wird und muß streng nach dem Statut gehandelt werden. Wie die Krankenkasse, so wächst die Gewerkschaft in gleichem Maße. In Weissen hat sich eine Mitgliedschaft durch unsere Dresdener Collegen gebildet, Bevollm. ist Karl Stoyde, bei Herrn Trichel, Lorenzstraße 121. In Frankfurt a. M. hat sich gleichfalls eine Mitgliedschaft constituirt, Bevollm. ist Jacob Gumbel, Bendersgasse 4, 3 Tr.; Beitragsammler Joseph Kelling, Lönzengasse 34, Hinterhaus 2 Tr.; Controlleur Heinrich Schwörer. Die auf Reisen gehenden Collegen werden ersucht, soweit sie Frankfurt a. M. berühren, sich an obige Freunde zu wenden. Der dort dominirende „Allgemeine“ sucht natürlich, wie uns berichtet wird, auch diese junge Schöpfung zu vernichten und man zeigt nicht wenig Lust, Organe anzuführen, wie sie den Hasselmannern eigen sind. Schuhmacher Deutschlands, wendet Euch ab von Leuten, die nicht genug daran haben, daß sie zur Schande der Arbeiterbewegung und zur Freude der Gegner das arbeitende Volk gegeneinander hegen und sich zerfleischen lassen. Dieselben wollen diese Tölpel auch auf unsre Bräute übertragen und den Schuhmachern dadurch gleichfalls das Brandmal der Schande aufdrücken. Doch was kümmert das alles jene Leute, wenn sie nur ihren Zweck erreichen. Schuhmacher, laßt Euch nicht zu Dingen gebrauchen, die unsre Achtung untergraben.

Warum beantwortet der Bev. in Braunschweig die zwei an ihn gerichteten Briefe nicht? Wir verlangen Auskunft, wie es mit Helmsiedt steht. Es ist Pflicht, daß das, was man angefangen hat, auch vollendet. Wir ersuchen sämtliche Partei- und Gewerksgenossen, wo sich die Gelegenheit bietet, für unsre Gewerkschaft zu wirken, mit uns in Korrespondenz zu treten. Bei neugegründeten Mitgliedschaften ersuchen wir, den Mitgliedern mit Rath und That zur Seite zu stehen, wie wir ein Gleiches versprechen. Man unterschätze nicht die Gewerkschaften.

Mit Brudergruß Für die Verwaltung: W. B. o. d.

Gewerkschaft der Metallarbeiter.

Leipzig. In der am 30. November stattgehabten Sitzung der Controlkommission wurde Endunterzeichneter zum ersten Vorsitzenden gewählt. Die Controlkommission besteht jetzt aus folgenden Personen: Emil Kolbe, Oskar Stephani, Friedrich Böbel, August Engelmann, Carl Kutschereiter. Dies zur allgemeinen Kenntniß. Emil Kolbe, 1. Vor., Antonstr. 19, 3 Tr.

Gewerkschaft der Holzarbeiter.

Braunschweig, 30. November. Die hiesige Mitgliedschaft wählte am Freitag den 28. v. Mts. zum Bevollmächtigten den Stellmacher W. Holla, wohnhaft Weberstraße 11.

Der Bevollmächtigte.

Allgemeiner deutscher Schneiderverein.

Braunschweig, 28. November. Betreffs der Statuten des Kranken-Versicherungsbundes ist es nöthig, daß die Urabstimmung schleunig vollzogen wird. Die Bevollmächtigten werden ersucht, das Resultat der Urabstimmung bis zum 8. Dezember an August Wend, Kleidermacher für Herren in Berlin, Alte Schönhauserstraße Nr. 11, 3 Treppen, einzusenden; später eingesendete werden keine Berücksichtigung finden. Ferner mache ich darauf aufmerksam, daß nach Beschluß der Generalversammlung zu Gotha alljährlich ein statistischer Bericht an den Ausschuß einzusenden ist. Die Bevollmächtigten müssen sich daher in dem Orte, wo sie sich befinden, und soweit sie Kunde einziehen können, Nähe geben, einen Bericht über die Höhe, die für die Arbeit gezahlt werden, sowie über die Preise der Lebensmittel, bis zu Ende dieses Jahres an den derzeitigen Ausschuß einzusenden.

Die Adresse des Bevollmächtigten in Helmsiedt ist: H. Ahlers, Ostendorf bei Fischer, die des Kassiers: Paul Senf, Schußstraße

bei Schünemann. Ferner sind in der Bildung begriffen: Eibenstock (Sachsen), Schönbach Grund (Sachsen), und sind bereits Bücher und Statuten dorthin versandt und bringen wir im Namen des Vereins den neugegründeten Genossenschaften den herzlichsten Brudergruß. Die Collegen in den kleinen Städten gehen denen in den größeren Städten mit gutem Beispiel voran, diese mögen sich bald tummeln, sonst bleiben sie weit hinten.

Mit Brudergruß und Handschlag!
Für den Ausschuß: F. Rummel, Geschäftsführer.

Correspondenzen.

Leipzig, 2. Dezember. Der hier erscheinende „Correspondent des Centralvereins der deutschen Hutmacher“ enthält in seiner Nummer vom 1. Dezember einen Aufruf an alle Hutmacher Deutschlands, in welchem wir einen Aufruf an alle Hutmacher an den Reichstagswahlen aufgefördert wird. Die männlich-offene Sprache dieses Aufrufs, die keinen Zweifel zuläßt, auf welche Seite sich die Hutmacher zu stellen haben, steht in erfreulichem Gegensatz zu der nichtswürdigen Zumuthung der Leiter der Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine an die Mitglieder der Gewerksvereine, diese sollten ihre Stimme notorischen Arbeiterfeinden, wie einem Ludwig Wolf, geben. Der Aufruf lautet:

„Es wird Vielen unserer Collegen bekannt, vielen auch nicht bekannt sein, daß in der ersten Woche des Januar 1874 die Neuwahl des deutschen Reichstags stattfinden soll.

Der Reichstag soll also neue Volksvertreter in sich aufnehmen und zwar deshalb, weil die Mandate der bisherigen Volksvertreter erloschen. Das deutsche Parlament ist der einzige Ort, wo die Classe der Arbeiter seine Rechte wahrhaft, seine Interessen politisch wie ökonomisch und das mit Nachdruck zur Geltung bringen kann. Jede Classe, die verschiedenen politischen Parteien u. c. werden darnach streben, Vertreter ihrer Interessen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln in den deutschen Reichstag zu wählen. Die verschiedenen Parteien — als da sind die sogenannten Fortschrittler, Liberale, Conservative, Clerikale u. c. — werden nimmer das Interesse der Arbeiter vertreten; Beweise hierfür haben wir in Masse in der vorigen Sitzungsperiode des Reichstags deutlich erlebt. Man hat sogar schon die sogenannte Gewerbe-Ordnungsnovelle in petto: ein Gesetz, welches bestimmt, daß „contractbrüchige“ Arbeiter mit Gefängniß bis zu 6 Monaten bestraft werden. Es konnte dies auch nicht anders kommen, da die Arbeiter nur wenige Vertreter hatten, welche natürlich stets von der Majorität des Hauses zum Schweigen gebracht wurden.

„Aber, Collegen, das muß anders werden! Ihr habt vielleicht zum vorigen Reichstag auch gewählt, aber aus Unkenntniß oder blindem Vertrauen eure Stimmen vielleicht einem „großen Herren“ gegeben, welcher wohl seine Ungehörigkeit, seinen Glanz kennt, aber nie und nimmermehr das Elend der arbeitenden Classe. Und wenn derselbe es auch kennen sollte, er vertritt nur sein Interesse, was kümmert ihn die sogenannte blinde Masse; Er ist zufrieden und findet es ganz natürlich, wenn eben diese für ihn stimmt. Gedrückt die Masse, Collegen, die Euch die Segner in die Hand gedrückt, benützt das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht! Jeder Arbeiter, sobald er das 25. Lebensjahr zurückgelegt, hat das Recht zu wählen. Wählt Männer in das Parlament, die Arbeiter sind und eure Interessen genügend vertreten können; gebt eure Stimme nur denen, die von einem Arbeiter-Wahlcomité als Candidaten aufgestellt sind. Damit aber auch ein Jeder das Wahlrecht ausüben kann, wird man wohl thun, wenn man sich überzeugt, ob man in der Wahlliste auch verzeichnet ist, was von jeder einzelnen Behörde öffentlich bekannt gemacht wird.

„Hutmacher, Collegen! auch uns braucht man, auch wir haben das Interesse, was die gesammte Arbeiterwelt hat; auch wir dürfen nicht zurückbleiben. Oder will man etwa behaupten, daß, wenn ein Gesetz gemacht wird, welches alle Vereine oder alle Gesellenverbindungen unterjagt, oder wenn ein Gesetz gemacht wird, das den Gesellen alle Rechte benimmt und sie direkt ihren Arbeitgebern unterwirft, dies im Interesse unseres ist? — Ja, Collegen, hier ist des Pudels Kern! Hier ist das Fundament zur Hebung unserer ganzen Arbeiterbewegung! Nur gesegnet, auf Grund des deutschen Reichs-Wahlgesetzes und vermöge unserer ungeheuren, kolossalen Majorität (d. h. die der gesammten Arbeiter) soll dieses Wahlrecht richtig in unserem Interesse gehandhabt werden, und wir verlangen, was man uns bis dato vorenthielt.

„Hutmacher, Collegen! diese Reichstagswahl kommt nur alle drei Jahre vor. Bedenkt also, was in diesen drei Jahren Alles geschehen kann, wenn wir nicht Männer wählen, welche unsere Interessen vertreten; unsere Vereine, überhaupt unsere gesammten Interessen können fürchtbar geschädigt werden. Laßt Euch nicht behörden durch schöne Worte, oder wenn man Euch einen Vertreter in Gestalt eines Wahlzettels in die Hand drückt. Nehmt den Zettel zwar getrost, aber steckt den andern bereit gehaltenen Zettel mit dem wahren Vertreter eurer Interessen in die Wahlurne. List gegen List.

„Auf also, Collegen! rüttelt Euch auf, damit man uns nicht nachsagen kann: „Ihr habt eure Pflicht nicht erfüllt, wozu Euch euer Interesse und der Staat berufen als deutsche Staatsbürger.“

Leipzig. Im „Delitzscher Kreisblatt“ lesen wir Folgendes: „Der Landwirth Ottomar Reichardt aus Bredna, 27 Jahr alt und unbestraft, hatte sich wegen fahrlässiger Tödtung eines Menschen und Verletzung der Regierungsverordnung vom 5. April 1862 zu verantworten. In der Letzteren ist vorgeschrieben, daß bei Dreschmaschinen, sobald sie in Bewegung gesetzt werden, zur Verhütung von Unglücksfällen bestimmte Sicherheitsmaßregeln zu treffen sind, insbesondere Ueberdeckung der Transmissionswellen u. s. w. Reichardt war dieser Verordnung nicht nachgekommen. Die von ihm als Arbeiterin angenommene Bwe. Kuhnert war in Folge hiervon am 26. Septbr. von der Transmissionswelle erfaßt und getödtet worden. Der Angeklagte erklärte sich für nichtschuldig, indem er anführte, die Kuhnert habe ihrer eigenen Unvorsichtigkeit ihren Tod zu danken. Der Gerichtshof hatte eine andere Ansicht und verurtheilte ihn nach der Anklage zu 14 Tagen Gefängniß und 10 Tskr. Geldstrafe event. 5 Tagen Haft.“ — Daß in der heutigen Ausdeutungsgesellschaft der Tod eines Menschen, besonders eines Arbeiters, nicht hoch angesehen wird, ist allgemein bekannt, und der Landwirth Reichardt hätte wirklich sein Vergehen gesühnt, wenn im vorliegenden Falle die Regierungs-Verordnung vom 5. April 1862 in Betracht käme. Wir sind aber der Ansicht, daß Reichardt, nachdem festgestellt ist, daß die Kuhnert bei Bedienung der Dreschmaschine durch Reichardt's Verschulden den Tod erlitten hat, nach den Bestimmungen des Haftpflichtgesetzes abzuurtheilen ist. § 3 des Haftpflichtgesetzes lautet: „Der Schuldensayer ist zu leisten: 1) im Falle der Tödtung durch Erfaß der Kosten einer versuchten Heilung und der Beerdigung, sowie des Vermögensnachtheils,

